
Presseinformation Nr. 1044

14. Oktober 2005

KAUCH:
**Schwarz-rote Koalitionsvereinbarung muss Perspektiven
für Sterbebegleitung geben**

BERLIN. Anlässlich des Deutschen Hospiztags am 14. Oktober erklärt der für Ethik in der Medizin verantwortliche FDP-Bundestagsabgeordnete, Michael KAUCH:

Sonntagsreden wurden genug gehalten. Immer wenn die Debatte über Sterbehilfe aufbrandet, haben Politiker von CDU/CSU und SPD ein Argument parat: Statt Sterbehilfe brauchen wir bessere Sterbebegleitung. Den Worten sind bisher wenige Taten gefolgt. Das gilt vor allem für den ambulanten Bereich, der allein das Potenzial hat eine flächendeckende Versorgung mit Leid mindernder Palliativmedizin und Hospizdiensten sicherzustellen. Die schwarz-rote Koalition ist gefordert, in ihrer Koalitionsvereinbarung eine klare Entwicklungs- und Finanzierungsperspektive hierfür zu geben.

Stationäre und ambulante Hospizdienste bieten persönliche Sterbebegleitung und geben damit schwerstkranken, sterbenden Menschen die Möglichkeit, ihre letzten Tage in Würde zu verbringen. Den meist ehrenamtlichen Helfern gilt für ihr bürgerschaftliches und mitmenschliches Engagement der Dank der Liberalen.

Die FDP-Bundestagsfraktion unterstützt die Hospizbewegung in ihrem Bestreben, die Palliativmedizin und das Angebot an Hospizplätzen auszubauen. Schweres Leiden muss erträglicher gemacht und ein menschenwürdiges Sterben ermöglicht werden. Wir sehen hier eine ethisch begründete Priorität der Gesundheitspolitik: die Konzentration knapper Mittel auf die Schwächsten.

Der FDP-Bundestagsfraktion ist der Ausbau der ambulanten Palliativversorgung besonders wichtig. Nur mit ihr ist es flächendeckend möglich, Sterbenden ihren Wunsch zu erfüllen, zu Hause zu sterben. Dazu bedarf es der Bildung interdisziplinärer Palliative Care Teams ebenso wie einer verbesserten Ausbildung von Medizinern und Pflegepersonal. Die Palliativmedizin sollte

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

aus dem Fallpauschalen-System der Krankenhausfinanzierung herausgenommen werden. Dieses ist völlig ungeeignet, medizinische Leistungen finanziell abzusichern, die nicht auf Heilung ausgerichtet und nicht zeitlich klar abgrenzbar sind.

Der Ausbau gerade der ambulanten Palliativmedizin wird zu Einsparungen im stationären Bereich führen. Dennoch sind insgesamt Kostensteigerungen nicht auszuschließen. Gleichzeitig ist die Grenze der Belastbarkeit der Beitragszahler erreicht. Wenn der Ausbau der Palliativmedizin nicht Wunschdenken bleiben soll, muss die Politik den Mut haben, im Interesse Schwerstkranker auch Leistungseinschränkungen oder Selbstbeteiligungen an anderer Stelle des Gesundheitswesens vorzunehmen. Die FDP ist dazu bereit.

Susanne Bühler
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de